

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Juni 2018

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2018-05-25

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Karl-Jürgen Müller: Staat und Bürger an die Grundlagen der Verfassung erinnern**
- **Swiss Propaganda Research: Die Logik imperialer Kriege**
- **Jürgen Todenhöfer: Die Iranpolitik der USA ist unanständig**
- **Karl-Jürgen Müller: Die Nato-Staaten müssen ihr Geschäftsmodell korrigieren**
- **Paul Schreyer: Kriegsmarketing statt Friedensdiplomatie?**
- **Norbert Häring: Die Mär von der transatlantischen Entfremdung und die Aufrüstung Deutschlands zur Kriegsmacht**
- **Wir Europäer sagen Nein zu einem Krieg gegen Russland !**
- **Klaus-Dieter Kolenda: Gesundheitsschäden durch den Einsatz von Bomben und Granaten aus abgereichertem Uran**
- **Peter Boehringer: EU-Einlagenversicherung enteignet die Sparer**
- **Roland Juchem: Gewissensspiegel für Banker, Finanzpolitiker und Konsumenten**
- **Franz Josef Winterhalter: Organisationsvorschlag für die Bürgerkandidaten Initiative**
- **Birgit und Christian Böhm: Das System Hellmut Becker – Wie die Gesamtschule in die deutschen Länder kam**

Zitat des Monats von [Alan J. P. Taylor](#):

**Egal welche politischen Gründe für Krieg vorgegeben werden,
der tiefer liegende Grund ist immer wirtschaftlicher Natur.**

Editorial

Diese Ausgabe beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit grundsätzlichen und aktuellen Fragen zum Thema **Krieg und Frieden**.

Unsere Verfassung (Grundgesetz) gibt dazu klare Vorgaben, die wir eingangs in Erinnerung rufen. In mehreren Artikeln wird deutlich gemacht, wie dies **von mächtigen Akteuren missachtet** wird. Wir verweisen auf hierzulande wenig bekannte internationale Zusammenschlüsse, die sich in Asien als **Gegengewicht zur imperialen Praxis des Westens** organisieren. Außerdem wird aufgezeigt, wie auch Deutschland sich an der Organisation der Kriegspropaganda und der Aufrüstung beteiligt. Der internationale Aufruf gegen das Führen von Kriegen, den wir im Mai aufgenommen hatten, kann nun von jedermann unterzeichnet werden. Schließlich wird ein Beitrag vorgestellt, der noch einmal die schrecklichen Folgen der tatsächlich stattfindenden **nuklearen Kriegsführung** aufdeckt.

Parallel zur kriegerischen Politik wird auf der Ebene der Finanzpolitik eine **Enteignung des Sparvermögens** der Bürger vorangetrieben. Auch gegen solche Praxis bezieht der Vatikan Stellung, der für eine **wohlstandsorientierte Ethik des Wirtschaftslebens** eintritt.

Ein weiterer positiver Ansatz ist eine Initiative in Deutschland, die sich um die **Stärkung parteiunabhängiger Bürgerbewegungen** bemüht und hierzu um Ideen aus der Bürgerschaft wirbt.

Am Ende verweisen wir auf eine interessante Studie, in der dargestellt wird, wie und durch wen das **deutsche Bildungssystem** schon seit Beginn der Bundesrepublik unter Missachtung demokratischer Regeln deformiert und zu einem Einheitssystem auf niedrigem Niveau umgestaltet werden sollte - und bis heute wird.

[Inhalt](#) ↑

- Karl-Jürgen Müller: **Staat und Bürger an die Grundlagen der Verfassung erinnern**

Der Autor nimmt eine Würdigung des Grundgesetzes vor und stellt fest, dass dies die wohl beste [Argumentationsgrundlage für Friedenspolitik und Völkerverständigung](#) ist. Das Grundgesetz ist unter starkem Einfluss naturrechtlichen Denkens formuliert worden, dessen Kernpunkte bis heute im Grundgesetz erhalten sind. Zum Beispiel werden in den Artikeln 1 und 20 die Grundprinzipien der Menschenwürde, der Menschenrechte und des Staates als unveränderbar definiert. In den Artikeln 25 und 26 wird die Verpflichtung auf das Völkerrecht und auf das friedliche Zusammenleben der Völker festgeschrieben.

[Karl-Jürgen Müller](#) ist Berufsschullehrer ([Fächer](#): Deutsch, Geschichte und Gemeinschaftskunde) und Mitarbeiter der Redaktion Zeit-Fragen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Swiss Propaganda Research: **Die Logik imperialer Kriege**

Die Professoren David Sylvan und Stephen Majeski sind der Frage nachgegangen, wie sich die US-amerikanischen Kriege der letzten Jahrzehnte rational erklären lassen. Sie belegen mit Beispielen, dass diese Kriege auf einer eigenen, genuin imperialen Handlungslogik basieren. Diese Logik stellen die Autoren in einer Grafik dar.

Ausgangspunkt ist, dass das Imperium einem anderen Staat seine Außen- und Sicherheitspolitik diktieren will. Die zentrale Frage ist dabei, über welche Vorgehensweise das Imperium [Staaten letztlich in seinen Einflussbereich bekommt](#). Eine zentrale Rolle dabei spielt deren (Un)-Abhängigkeit von Ressourcen. Ob eine militärische Aktion oder andere Aktionen Erfolg versprechen, entscheidet sich meistens daran, ob der ins Visier geratene Staat Nuklearwaffen besitzt oder nicht. Die imperiale Handlungslogik ist grundsätzlich unabhängig von der jeweils amtierenden US-Regierung, auch wenn einzelne Ausgangslagen unterschiedlich eingeschätzt und daher unterschiedliches Vorgehen zustande kommen kann.

[Swiss Propaganda](#), ein Forschungs- und Informationsprojekt zu geopolitischer Propaganda in Schweizer Medien, erstellt alle Studien und Beiträge durch politisch und publizistisch unabhängige Medienwissenschaftlern, ohne Beauftragung oder Fremdfinanzierung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Jürgen Todenhöfer: Die Iranpolitik der USA ist unanständig**

Nach Trumps Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran hat Jürgen Todenhöfer die [Iranpolitik der USA als unanständig eingestuft](#). Denn es wissen alle US-Geheimdienste seit 2007, dass der Iran seit 2003 überhaupt keine Atomwaffen mehr wollte und das Atomabkommen genau eingehalten hat. Laut Todenhöfer geht es Trump nicht um einen besseren Nuklear-Vertrag, sondern darum den Iran in die Knie zu zwingen, der zu ernsthaften Friedensgesprächen auch zu Jemen und Syrien bereit ist.

Mit seinem Vorgehen schwäche Trump die iranischen Reformkräfte und untergrabe die Glaubwürdigkeit der US-Politik. Das gegenwärtig sichtbare Erstarken des Iran sei der "unendlichen strategischen Dummheit der USA" geschuldet, nicht einer "besonders raffinierten Vorwärtsstrategie" des Iran.

Für Todenhöfer ist es an der Zeit, Fragen wie die der iranischen Mittelstrecken-Raketen, aber auch die der israelischen Atomwaffen, in Rüstungskontroll-Verhandlungen zu besprechen. Todenhöfer vermisst hier die Friedensinitiative der Europäer.

[Jürgen Todenhöfer](#), Jg. 1940, ist promovierter Jurist, Publizist und ehemaliger Medienmanager. Er war 1972 bis 1990 Bundestagsabgeordneter der CDU. Er unterstützte den von den USA geförderten Guerillakrieg gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan. Ab etwa 2001 profilierte sich Todenhöfer als Kritiker der US-Interventionen in Afghanistan und im Irak. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Karl-Jürgen Müller: Die Nato-Staaten müssen ihr Geschäftsmodell korrigieren**

Die "weltweit größte Regionalorganisation", die 'Shanghaier Organisation' (SOZ) bekennt sich zu einer multipolaren Welt, verurteilt alle destruktiven unilateralen Aktionen – damit sind vor allem Sanktionen gemeint –, fordert multilaterale Schritte, um die Probleme der Welt zu lösen. Die Organisation, der China, Russland, Usbekistan, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Indien und Pakistan angehören, bekennt sich zur UN-Charta und zum Völkerrecht und zur Rolle des Weltsicherheitsrates für Frieden, Stabilität und Sicherheit.

Die SOZ bemüht sich um Lösungen für die schwerwiegenden Probleme in Afghanistan. Sie fordert, dass über die Zukunft Syriens allein das syrische Volk zu entscheiden hat und dass dem Land Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität garantiert werden. Sie unterstützt alle ernsthaften Friedensbemühungen für Syrien, mögen sie nun von der UNO oder von Russland, dem Iran oder der Türkei ausgehen. Der völkerrechtswidrige Angriff von USA, Großbritannien und Frankreich auf Syrien Mitte April wird von der SOZ mit großer Sorge betrachtet. Das Atomabkommen mit Iran wird unterstützt, und alle Unterzeichnerstaaten werden aufgefordert, die Vertragsvereinbarungen vollumfänglich einzuhalten.

Dass unsere Medien über all das nicht berichten, hat Gründe. Wahrscheinlich wissen die Verantwortlichen sehr genau, dass sich sehr viele der heutigen Weltprobleme lösen lassen könnten, wenn sich auch die Staaten des Westens, allen voran die NATO-Staaten, Beschlüssen wie denjenigen der SOZ-Außenminister anschließen könnten. Aber das [passt derzeit nicht zum "Geschäftsmodell" der NATO-Staaten](#), das auf Konflikt und Konfrontation setzt. Die Profiteure sind nur wenige. Nicht beachtet werden dabei die furchtbaren Folgen einer solchen Politik. Nicht beachtet wird auch die Tatsache, dass sich die NATO-Staaten so in der Welt immer weiter isolieren.

[Inhalt ↑](#)

- Paul Schreyer: **Kriegsmarketing statt Friedensdiplomatie?**

So wie sich die deutsche Außenpolitik seit der Teilnahme am völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien 1999 gewandelt hat, verändert sich seither auch das Selbstverständnis des Auswärtigen Amtes. Dazu gehört auch dessen strategische Kommunikation. Dafür wurde 2016 eine eigene Abteilung gegründet, die seit März 2018 mit sechs freiberuflichen Mitarbeitern nun komplett und einsatzbereit ist.

Offiziell ist die Abteilung für die Vermittlung objektiver Fakten zuständig, Desinformation zu korrigieren und die Resilienz der von Desinformation beeinflussten Gesellschaften zu erhöhen. Die Verlautbarungen zu Skripal beweisen das Gegenteil. Denn tatsächlich geht es nicht um Information, sondern um breite Unterstützung einer "aktiven Außenpolitik", also um Propaganda.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass das [Außenministerium nicht mehr selbst die Außenpolitik definiert](#) und umsetzt, sondern nach dem Takt transatlantischer, teilweise privater Stiftungen und Lobbygruppen tanzt. Diese wiederum zitieren sich gegenseitig. Das nennt man "strategische Kommunikation" – eine Spezialität des stromlinienförmigen Außenministers Maas.

Paul Schreyer, Jg. 1977, Autor ("Wir sind die Guten, Ansichten eines Putinverstehers"; "[Wer regiert das Geld?](#)") und freier Journalist, u.a. für die Online-Portale 'Telepolis', 'NachDenkSeiten' und 'Global Research'. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- Norbert Häring: **Die Mär von der transatlantischen Entfremdung und die Aufrüstung Deutschlands zur Kriegsmacht**

Deutschland soll nach Meinung der Angelsachsen unbedingt mehr militärische Verantwortung, d.h. auch mehr Kosten, im NATO-Bündnis übernehmen:

"Großbritannien und die USA haben ihre Gesellschaften in jahrzehntelanger Ausübung ihrer Funktion als Weltordnungsmächte gründlich zerrüttet. Daher können sie in ihrer Bevölkerung nicht mehr in hinreichendem Maße [Zustimmung für die Weltordnungskriege im Interesse der Konzerne organisieren](#). Vor diesem Hintergrund wird nun u.a. von Deutschland verlangt, diese Funktion in Teilen der Welt zu übernehmen. Deutschland sei nicht nur eine Mittelmacht, sondern eine mittlere Großmacht. Das Land habe nicht die Möglichkeit zu wählen, es sei so, und Deutschland habe die Verpflichtungen zu erfüllen, die aus dieser Position erwachsen würden und müsse die damit verbundenen Kosten tragen. Die deutsche Bevölkerung müsse wissen, dass sie keine Wahl habe, als Europa und somit der Weltwirtschaft zu dienen. Energiesicherheit sei das absolut zentrale Element für Europas künftigen Wohlstand und seine Sicherheit, wobei Deutschland eine Schlüsselrolle zukomme."

Zur breiten Durchsetzung der Erzählung, dass Deutschland mehr Verantwortung übernehmen müsse, eignet sich laut Autor die Unberechenbarkeit von US-Präsident Donald Trump sehr gut.

Das britische Chatham House glaubt daran, dass es der Führung Deutschlands gelingt, der skeptischen Öffentlichkeit die "Verpflichtungen des Landes" als Großmacht nahe zu bringen.

Wehren wir uns dagegen! (Red.)

- **Wir Europäer sagen Nein zu einem Krieg gegen Russland !**

Im Bürgerbrief Mai 2018 hatten wir auf diesen Aufruf aufmerksam gemacht. Hier besteht nun die damals nicht gegebene [Möglichkeit, den Aufruf zu unterzeichnen](#). (Red.)

- Klaus-Dieter Kolenda: **Gesundheitsschäden durch den Einsatz von Bomben und Granaten aus abgereichertem Uran**

Klaus-Dieter Kolenda gibt einen profunden Überblick über den Stand der Debatte zu den ["Gesundheitsschäden durch den Einsatz von Bomben und Granaten aus abgereichertem Uran"](#), damit sich jeder Interessierte selbst ein Urteil bilden kann. Zu dem immer noch aktuellen und dringlichen Thema, zu dem es *bisher* (Red.) wenig gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse gibt, greift der Autor neue Aspekte auf. Insgesamt wird das unbequeme Thema von den etablierten Medien eher stiefmütterlich behandelt, weil diejenigen, die den Einsatz der Munition mit abgereichertem Uran (Depleted Uranium, DU) befehlen bzw. befohlen haben, kein Interesse daran haben.

Zunächst gibt Kolenda einen physikalischen und chemischen Einblick zum abgereicherten Uran, um dann auf den ersten erschreckenden Bericht von Prof. Siegwart-Horst Günther einzugehen, der in irakischen Städten wie Bagdad, Basra oder Mossul feststellte, dass bei Kindern vermehrt Leukämien und Krebserkrankungen festzustellen waren, aber auch angeborene Fehlbildungen. Er brachte diese Befunde mit dem Einsatz von Uranmunition in Verbindung, die für die Kinder zugänglich auf den Schlachtfeldern herumlagen.

Ein Bericht von IPPNW und ICBUW kommt zu dem Schluss, dass aus ärztlicher und politischer Sicht allein ein Verbot von Uranwaffen die einzige Konsequenz aus den vorgestellten und kritisch bewerteten wissenschaftlichen Untersuchungen, Feldstudien und Rechtsexpertisen über dieses Thema sein kann, um Vorsorge dafür zu treffen, dass weiteres Leid von Zivilbevölkerungen und Militärpersonal verhindert und eine Kontamination der Umwelt mit DU so gering wie möglich gehalten wird. Letztlich führte das Engagement dieser beiden Organisationen zu einer neuen Resolution gegen den Einsatz von Uranwaffen.

Kolenda geht dann auf einen Review-Artikel ein, der 101 wissenschaftliche Untersuchungen über verschiedene Aspekte dieses Themas darstellt und zu der Schlussfolgerung kommt, dass sehr viele Personen dem Risiko für schwere Gesundheitsprobleme ausgesetzt sind, da sie DU ausgesetzt wurden und werden. In dem Artikel werden einige signifikante Befunde aufgezählt. Im Ergebnis kommt der Artikel zu den gleichen Ergebnissen wie IPPNW und ICBUW.

Weiterhin führt Kolenda eine im irakischen Fallujah durchgeführte Studie auf der Basis von Fragebogen an. Die Studie belegt eine signifikant hohe Sterblichkeit für bis zu einjährige Kinder, eine deutliche Veränderung des Geschlechterverhältnisses bei Neugeborenen sowie signifikant erhöhte Erkrankungen an Leukämien, Lymphome, Brustkrebs und Hirntumore im Kindesalter. In einer Studie aus dem Kosovo wird nachgewiesen, dass es durch den Krieg zu deutlich erhöhten Erkrankungen an Lunge und Nieren kam.

Bei Kriegsveteranen des Irakkrieges entwickelten bis zu 30% das Golfkriegssyndrom, dessen typische Symptome u.a. Gelenk- und Muskelschmerzen, ungewöhnliche Müdigkeit und Erschöpfungszustände, Gedächtnisprobleme, Depressionen und Störungen der kognitiven und emotionalen Funktionen sind. Diese Symptome lassen sich wahrscheinlich nicht alleine auf eine posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) zurückführen. Eine eindeutige ursächliche Klärung des Golfkriegssyndroms ist bis heute nicht erfolgt.

Hier behindern die WHO und die IAEA die Aufklärung über die Gesundheitsschäden der Uranwaffen, indem z.B. Berichte unterdrückt werden. Eine weitere Behinderung stellt die Weigerung der US-Regierung dar, die Einsatzorte von DU-Munition in den Ländern, in denen sie

seit 1991 Krieg geführt haben, bekannt zu geben. Dadurch werden epidemiologische Untersuchungen extrem erschwert.

Eine weitere negative Rolle bei der Aufklärung der Bevölkerung über die Gesundheitsschäden durch den Einsatz von Uranwaffen spielen auch die Politik und die Medien. Eine Erklärung für das Schweigen der Leitmedien über den Einsatz von Uranwaffen und dessen Folgen sei, dass mächtige Institutionen kein Interesse an einer Diskussion des Themas haben, da nach 'Internationalem Recht' der Verursacher für die Beseitigung von Kriegsmaterial, vergifteten Böden und Wasser verantwortlich ist.

[Klaus-Dieter Kolenda](#), Jg. 1941, promovierter Facharzt für Innere Medizin und Facharzt für Physikalische und Rehabilitative Medizin, seit über 40 Jahren als medizinischer Gutachter bei Sozialgerichten; zahlreiche wissenschaftliche Artikel, Fach- und Sachbücher über die Prävention chronischer Krankheiten sowie sozialmedizinische und gesundheitspolitische Blog-Beiträge. (Red.)

[Inhalt](#) 

- Peter Boehringer: **EU-Einlagenversicherung enteignet die Sparer**

Der AfD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Bundestags-Haushaltsausschusses weist darauf hin, dass [ein hochgefährliches EU-Projekt, die "Europäische Einlagenversicherung" \(EDIS\)](#) auf den Weg gebracht werden soll. Hochgefährlich, weil hier die Spareinlagen der europäischen Bürger (und damit vor allem die der Deutschen) für die faulen Kreditbücher aller (süd)europäischen Banken haften werden! Es wird aufgezählt, um welche Billionenbeträge es hier geht, mit denen deutsche Sparbücher und letztlich die Steuerzahler in Zukunft belastet werden können. Dabei verstößt dieser Plan sogar gegen die eigenen EU-Regeln, denn mit Art. 125 des Lissabon-Vertrages ist die Haftungsübernahme durch Nationalstaaten (und deren Banken) verboten.

[Peter Boehringer](#), Jg. 1969, Wirtschaftspublizist, seit 2017 als AfD-Mitglied im Deutschen Bundestag. (Red.)

[Inhalt](#) 

- Roland Juchem: **Gewissenspiegel für Banker, Finanzpolitiker und Konsumenten**

In dem 20-seitigen Schreiben "Oeconomicae et pecuniariae questiones" (Wirtschafts- und Finanzfragen) wird die kritische Haltung des Vatikans zu bestimmten Formen der Wirtschaft näher begründet.

So heißt, es, die [Märkte seien nicht in der Lage, sich selbst zu regulieren](#). Vielmehr müsse die Kirche an sozialen Zusammenhalt, Aufrichtigkeit, Vertrauen, Sicherheit erinnern. In dem Schreiben wird mehr Gestaltungsspielraum für die Politik gefordert. Es brauche wirklich unabhängige, überstaatliche Regulierungssysteme, damit der Staat gegenüber den supranationalen Banken, Unternehmen und der Volatilität des Kapitals gewachsen sei.

Ziel der Reformen müsse sein, dass die Finanzwirtschaft wieder der Realwirtschaft diene. Profit müsse wieder echten Wohlstand schaffen und nicht nur die Konten der Aktionäre füllen. Neben rechtlichen Regulierungen müssten die Verantwortlichen selbst den Menschen stärker in den Mittelpunkt stellen und eine stärker ethisch ausgerichtete Geschäfts- und Personalkultur entwickeln. Ethikkommissionen etwa könnten Verwaltungsräten beigelegt werden.

[Roland Juchem](#), Jg. 1961, diplomierter Theologe und Pädagoge, seit 1988 journalistisch tätig bei verschiedenen Presseorganen der katholischen Kirche. (Red.)

[Inhalt](#) 

- Franz Josef Winterhalter: **Organisationsvorschlag für die Bürgerkandidaten Initiative**

Die "Bürgerkandidaten" sind eine Initiative, die in möglichst jedem Wahlkreis parteiunabhängige Erststimmenkandidaten unterstützen möchte. (*Wir haben im Bürgerbrief Mai 2018 bereits darauf aufmerksam gemacht. Red.*) Auf der Homepage wurde nun der Vorschlag gemacht, wie die bundesweite Initiative und die lokalen Gruppen sich organisatorisch, rechtlich und auch inhaltlich besser aufstellen können, ohne dass damit eine inhaltlich fixierte neue Partei entsteht. Unter anderem wurde vom Initiator vorgeschlagen, dass ein Kandidat, sofern er gewählt wird, sein [Mandat zurückgeben muss, wenn seine Unterstützer dies fordern](#). Dazu gibt es bereits (siehe [link](#)) eine auch kritische Diskussion.

Wir sehen hier eine Möglichkeit auch für unsere Leser, sich an der Diskussion dieser parteiunabhängigen demokratischen Initiative zu beteiligen, und damit auch deren weiteren Fortgang zu beeinflussen (Red.).

[Inhalt](#) ↑

- Birgit und Christian Böhm: **Das System Hellmut Becker – Wie die Gesamtschule in die deutschen Länder kam**

"Die Dokumentation gibt einen Einblick in die Geschichte der Aktionen und Aktivitäten, die das deutsche Bildungswesen nach den Zweiten Weltkrieg auf den Weg zu einem Einheitsschulsystem brachten." Dabei spielt Hellmut Becker eine wichtige Rolle, dessen Durchsetzungsstrategien im Bildungswesen bis heute fort dauern.

Dem 1913 geborenen Hellmut Becker ging es [stets um die Errichtung eines egalitär-integrativen Bildungswesens](#) in Deutschland. Dabei war "die Zerstörung des deutschen Gymnasiums" Beckers "zentrales politisches Motiv".

Schon sein Vater war bildungspolitisch aktiv; er setzte 1920 in Preußen die gemeinsame vierjährige Grundschule "als Grundform der sozialen Einheitsschule" (im Sinne einer sozialistisch-liberalen Schulpolitik) durch. Und dessen Mitarbeiter Adolf Grimme wird 1945 von der britischen Besatzungsmacht zum Verantwortlichen für das Bildungswesen von Niedersachsen ernannt.

Hellmut Becker schließt sein Jurastudium 1935 mit der ersten und 1943 mit der zweiten Staatsprüfung ab. In der Zeit vor der zweiten Prüfung baut Hellmut Becker seine Freundschaften zu Carl Friedrich von Weizsäcker und Georg Picht auf; alle drei stammen aus einflussreichen Familien und sehen nach dem Zweiten Weltkrieg ihre vornehmste Aufgabe in der Veränderung des deutschen Bildungssystems, dabei gilt Becker als der Kopf der "verschworenen Gemeinschaft".

So engagiert sich Becker bei der Gründung der Privatschulen "Birklehof" und "Odenwaldschule" und betreibt systematisch und mit Ausdauer den Umbau des gegliederten Schulwesens hin zu einem egalitär-integrativen Einheitsschulsystem. Hierbei nutzt er die gebildeten "freien Schulen" als eine "Art Sauerteig im öffentlichen Schulwesen"... "Durch die Existenz der freien Schule wird auch die staatliche Schule anders". Diese Strategie nennt er die "Sickertheorie".

In Hartmut von Hentig und Marion Gräfin von Dönhoff und anderen Personen findet er dabei Multiplikatoren seiner pädagogischen Ideen.

Weitere Unterstützung findet Becker bei den US-Amerikanern, die in Deutschland eine Einheitsschule nach dem US-Vorbild "Comprehensive High School" einführen wollen, als zentrales Instrument der "Re-Education". Auch die von den USA als Instrument benutzte UNESCO, sowie der "Congress of Cultural Freedom" (CCF) arbeiten an diesem Ziel mit.

Ausgesuchte unbelastete Deutsche werden 1950 auf Kosten der Amerikaner in den USA zu Multiplikatoren der "Re-Education" ausgebildet, um nachher in wichtigen Schaltstellen der Parteien, der Medien, der Schulbuchverlage und des Bildungssystems eingesetzt zu werden. Es wird die "Hochschule für internationale Pädagogische Forschung" in Frankfurt/M als Institution der "Re-Education" gegründet. Auch im Jahre 1951 wird das von amerikanischem Geld finanzierte "Institut für Sozialforschung" (IFS, die sogenannte "Frankfurter Schule") u.a. mit Horkheimer und

Adorno in Frankfurt wiedereröffnet. Der personelle Aufbau der Geisteswissenschaften nach dem Krieg lag damit in den Händen Beckers, der dem Motto folgte: "Man muss eine Elite schaffen, die auf Amerika eingestellt ist."

Der Kultusministerkonferenz wird der dem Netzwerk Beckers unterworfenen "Deutsche Ausschuss" zugeordnet, der gezielte Vorschläge in Richtung Einheitsschule und Schwächung des Gymnasiums macht. Weiterer Druck wird 1957 über die von Becker gegründete "Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschulverbandes" und den von Becker mit gegründeten "Ettlinger Kreis" (in diesem sind auch viele Industrielle Mitglied) aufgebaut.

1959 wird die vom "Deutschen Ausschuss" in der Öffentlichkeit ausgelöste Diskussion über das deutsche Bildungswesen genutzt, um Becker zum Vorsitzenden des Soziologentages in Berlin einsetzen zu können, den Willy Brandt eröffnete. 1959 verabschiedete die SPD, die nun von Reformorientierten geleitet wird und mit der Becker auch gut vernetzt ist, ihr Godesberger Programm, das west-orientiert ist.

Anfang der 1960er Jahre kommt der Einfluss der OECD hinzu. 1963 nimmt das "Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung" seine Arbeit auf, dessen Leiter Hellmut Becker nun seine eigene Personal-, Forschungs- und Medienpolitik und mithin seine eigene Bildungspolitik betreiben kann. Dabei wird er weiterhin von seinem umfangreichen Netzwerk unterstützt. Es geht dabei um die angeblich so notwendige Reform des Schulwesens, zur "Herstellung der Chancengleichheit".

In Amerika wird 1957 angesichts des Sputnik-Schocks eine expansive neue Bildungspolitik begründet. So auch durch Georg Picht in Deutschland. Er ruft 1964, für Deutschland entsprechend, die "Bildungskatastrophe" aus, verbunden mit der Forderung nach einer grundlegenden Reform des Bildungswesens. Er behauptete, es fände eine Sozialauslese an den Schulen statt und die Abiturientenzahl sei laut der OECD-Statistik zu niedrig.

1969 verabschiedet der länderübergreifende "Deutsche Bildungsrat" die Empfehlung Gesamtschulversuche durchzuführen, im Sinne des von Heinrich Roth postulierten Dogmas "der dynamischen Begabung" – mit scheinbar offenem Ausgang. Die Versuche werden fortgesetzt, obwohl eine zwischenzeitliche "Gymnasiasten-Studie" gesamtschulkritische Befunde liefert. Das Netzwerk Becker gewinnt immer mehr Einfluss im Sinne eines egalitär-integrativen Einheitsschulsystems und der "emanzipatorischen Pädagogik". Becker gelingt es auch, die Bundesbeteiligung an der Bildungsplanung im Grundgesetz verankern zu lassen, was die Bildung der "Bund-Länder-Kommission" nach sich zieht. Diese steht zur - immer weiter entmachteten - Kultusministerkonferenz in Konkurrenz.

1982 erhalten die Gesamtschulabschlüsse die bundesweite Anerkennung, was zu einem massiven Anstieg von weiteren Gründungen dieses Schultyps bewirkt.

Angaben zu den Autoren finden sich am Ende des Artikels (Seite 35). (Red.)

[Inhalt](#) 